



HESSISCHER LANDTAG

25. 02. 2019

WKA

Dringlicher Berichts Antrag

Fraktion der AfD

Goethe-Universität: „Meldestelle Rechtsextremismus“

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst (WKA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie steht die Landesregierung zum Beschluss des Senats der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität zur Gründung einer „Task-Force“, zur Einrichtung einer Meldestelle und zur Abhaltung regelmäßiger Informationsveranstaltungen rein gegen Rechtsextremismus („Frankfurter Rundschau“, 15.02.2019)?
2. Wie hoch sind die Fallzahlen links-, rechts- und religiös-extremistischer Vorkommnisse („Outings“ (Denunziationen), Demonstrationen, Störungen des Lehrbetriebes etc.) an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt?
3. Sofern die Fallzahlen solche Maßnahmen überhaupt stützen, sollten diese Maßnahmen nicht für alle Arten des Extremismus gleichermaßen eingeführt werden?
4. Gehören die Störer einer Psychologievorlesung („Frankfurter Rundschau“, 15.02.2019) einer vom Hessischen Verfassungsschutz untersuchten extremistischen Gruppierung an?

Begründung:

Grundlage für den Antrag der Grünen-Hochschulgruppe war die Ruhestörung einer Psychologieveranstaltung durch mutmaßliche Aktivisten der Antifa, welche eine Studentin unter Nennung ihres Namens und ihrer Adresse bezichtigten, der rechtsextremen „Identitäten Bewegung“ anzugehören.

Diese Art der Störung des Lehrbetriebes und die öffentliche Denunziation wurden mutmaßlich von Personen getätigt, welche dem linksextremistischen Milieu zugeordnet werden. Solche „Outings“ sind längst keine Seltenheit mehr. Statt vorerst gegen die Verursacher der Störung und dementsprechend auch gegen Linksextremismus vorzugehen, werden nun Pläne gefordert und höchstwahrscheinlich auch umgesetzt, welche das Problem nicht bei Extremismus an sich sehen, sondern explizit nur den Rechtsextremismus behandeln sollen.

Im Verfassungsschutzbericht 2017 beschreibt das hessische Landesamt für Verfassungsschutz auf Seite 85 unter dem Reiter „Antifaschismus“ diese Situation und das Handeln von links-autonomen Gruppen wie folgt:

„Vor allem das Themenfeld „Antifaschismus“ zeichnet sich für Linksextremisten dadurch aus, dass es eine hohe Anschlussfähigkeit an nichtextremistische Organisationen und Gruppierungen ermöglicht. Im Unterschied zur demokratischen Bekämpfung des Rechtsextremismus ist das linksextremistische „Antifaschismus“-Verständnis von Demokratiefeindlichkeit geprägt. In kommunistischer Tradition unterstellen Linksextremisten der Demokratie der Bundesrepublik Deutschland, selbst „faschistisch“ oder „faschistoid“ zu sein. „Faschist“ ist demnach jeder, der linksextremistische Überzeugungen nicht teilt. Sobald die Bewertung „Faschist“ vergeben ist, ist der Betroffene, unabhängig von seinen tatsächlichen Überzeugungen, nach linksextremistischem Urteil legitime Zielscheibe von Diffamierungen und Gewalttaten. Unter „Antifaschismus“ verstehen Linksextremisten bzw. Autonome nicht nur die konsequente Ablehnung rechts-extremistischer Bestrebungen, vielmehr setzen sie den offensiven „Kampf gegen Rechts“ mit dem „Kampf gegen das Ganze“, das heißt gegen das „bürgerlich-kapitalistische System“, gleich: Erst wenn der „Kapitalismus“ beseitigt sei, sei die Gefahr des Faschismus als Form bürgerlicher Herrschaft gebannt.“

Das Handeln der sogenannten Aktivisten, welches eindeutig als linksextrem zu bezeichnen ist, wird in keinsten Weise sanktioniert, sondern stattdessen für gut befunden und als Grundlage genutzt, um den Kampf gegen den Rechtsextremismus auszuweiten, obwohl hier offener Linksextremismus ausgelebt wurde.

Extremismus ist in jeglicher Couleur zu unterbinden und die Neutralität der hessischen Bildungs- und Hochschuleinrichtungen zu wahren.

Wiesbaden, 25. Februar 2019

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe